

Positionspapier zur öffentlichen Verantwortung, Verwaltung und Finanzierung von Hochschulen

1. Einleitung

Bildung ist eine Kerninstitution unserer Gesellschaft und eine der wichtigsten Säulen der modernen Zivilisation. Sie spielt eine zentrale Rolle in der sozialen und ökonomischen Fortschritt, der Demokratisierung und der Steigerung des generellen Wohlbefindens in Gesellschaften.

ESU versteht den offenen Zugang zu allen Ebenen der Bildung als Grundstein einer sozial, kulturell und demokratisch offenen Gesellschaft und als eine Grundbedingung für individuelles und gesellschaftliches Wohlbefinden. ESU sieht Hochschulbildung als Menschenrecht, welches in der *United Nations Declaration on Human Rights* sowie im *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* garantiert ist.

Wie Bildung in der Gesellschaft situiert wird, wie sie finanziert wird und wie sie verwaltet wird, sind eng verbundene Themengebiete. Die Interpretation von Hochschulbildung als handelbares Gut und Studierenden als Konsumenten, welche eine Dienstleistung kaufen, verstösst gegen die fundamentalen sozialen Werte und Normen die der Hochschulbildung zugerechnet werden. Studierende sollen deswegen als Mitglieder der akademischen Gemeinschaft behandelt werden, welche die Verantwortung und die Rechte in der Verwaltung dieser zentralen Institution unserer Gesellschaft teilen.

2. Hochschulbildung als öffentliches Gut und öffentliche Verantwortung

Hochschulbildung ist und war immer eine Institution der Menschen, um kulturelles Erbe weiterzugeben. Hochschulen sind Orte, oder sollen Orte sein, an denen Interaktion zwischen verschiedenen wissenschaftlichen, kulturellen und intellektuellen Feldern stattfindet. Sie sind Quellen wissenschaftlicher Entwicklung, kritischen Denkens und der Erhaltung von Wissen; sie unterstützen das intellektuell aktive Dasein von Millionen von Menschen. Die Vergrösserung von Universitäten, um mehr Studierende und Lehrende mit unterschiedlicheren sozialen, wirtschaftlichen, nationalen und sprachlichen Hintergründen aufzunehmen, steigerte die Diversität und vergrössere die Funktion der Verteidigung von Gleichstellung und Inklusion für alle.

Bildung ist ein öffentliches Gut, eine öffentliche Verantwortung und Entscheidungen darüber sollen von der Gesellschaft getroffen und unterstützt werden. Hochschulbildung wird allzu oft als Kostenpunkt präsentiert. Dagegen ist Hochschulbildung tatsächlich ein Interesse aller Menschen, da sie zum Allgemeinwohl beiträgt durch die generelle Erhöhung des Bildungsstands in der Gesellschaft. Sie ist ein Wert, welcher nicht der Spekulation ausgesetzt und durch die Ideologien der Privatisierung und des Schrumpfen des Staates vereinnahmt werden soll. ESU ruft deshalb alle Stakeholder auf, sich zu diesem Leitprinzip zu bekennen und dieses in ihre sämtlichen Entscheidungen einzubeziehen.

Ökonomisierung

Im vorherrschenden politischen Diskurs wird Bildung ausschliesslich als ökonomischer Faktor verstanden und ihre Relevanz für die soziale Entwicklung vernachlässigt. Aufgrund der Instrumentalisierung und der veränderten Perzeption von Bildung als rein ökonomischer Faktor und Quelle für Wohlstand wurden Bildungsmärkte geschaffen. Dies mündete in einer Tendenz, welche ESU als Ökonomisierung der Bildung bezeichnet. Diese bezieht sich auf den Paradigmenwechsel von Hochschulbildung als ein öffentliches Gut unter öffentlicher Verantwortung zu einem privaten und begrenzten Gut. In diesem Kontext wird Hochschulbildung als Wissensindustrie, Hochschulen als Dienstleister und Studierende als Konsumenten von Bildung und als „Humankapital“ für den Arbeitsmarkt betrachtet.

Wenn Bildung als Produktionsfaktor definiert wird, drehen sich Diskussionen über Investitionen in die Bildung darum, dass Investitionen in „Humankapital“ vorgenommen werden. Diese Sichtweise vernachlässigt die Komplexität von Hochschulbildung. Es handelt sich nicht um eine Ressource für Wirtschaftswachstum, welche profitabel sein muss. Eine weitere Interpretation ist jene von Bildung im Kontext einer wissensbasierten Gesellschaft, welche Bildung als Ressource für Wertschöpfung und

beschleunigtes Wirtschaftswachstum sieht. In den neunziger Jahren wurde Hochschulbildung Teil eines neoliberalen Kontexts, in welchem Wirtschaftswachstum als einzige Möglichkeit zur Erhaltung von Wohlstand galt. In diesem Paradigma ist Wirtschaftswachstum unterstützt von neuen Technologien und dem aktiven Support der Wirtschafts- und Industriezweigen welche auf Lehre, Forschung und Innovation basieren; wobei Hochschulbildung nur zu einem weiteren Aspekt im fieberhaften Rennen ins Nichts wird.

Die Ökonomisierung verursacht ein ungesundes Mass an Wettbewerb zwischen Studierenden und zusätzlichen Leistungsdruck bezüglich Noten und aussercurriculären Aktivitäten. Dies unterminiert die Möglichkeiten zur freiwilligen Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Studierenden. Des Weiteren provoziert Ökonomisierung ungesunden Wettbewerb zwischen den Hochschulen, welche Bildung als Produkt mit dem Ziel von Profit verkaufen. Dies war nie, ist nicht und soll nie der Sinn von Hochschulbildung sein, da dies einen negativen Einfluss auf die Qualität der Bildung hat.

Die Ausrichtung dieser limitierten Sichtweise ist nicht breit genug, um die vielfältigen Vorzüge und Beiträge, welche Hochschulbildung für Studierende und die Gesellschaft hat, zu umfassen. ESU ist gegen die Sicht von Bildung als handelbares Gut, die undemokratische und unfaire Limitierung von Bildung durch den Markt und die Instrumentalisierung von Forschung und Lehre durch private Entscheidungsträger aufgrund kommerzieller Interessen.

Deshalb ruft ESU zur Befreiung von Bildungspolitik von ökonomischer Politik auf. Bildung ist ein öffentliches Gut und eine öffentliche Verantwortung und soll von der Öffentlichkeit regiert, verwaltet und unterstützt werden.

Ökonomistische und quantitative Rhetorik

ESU unterstützt die aktive Kritik an Sprache, welche impliziert, dass Bildung ein handelbares Gut ist. Diese ist eine Sprache der Ungleichheit und ein integraler Bestandteil des Prozesses der Ökonomisierung. Die Art, in der Sprache genutzt wird, um Bildung zu beschreiben, beeinflusst stark, wie diese gesehen wird. Es ist unsere Verantwortung als Studierende, zu hinterfragen, wenn Menschen zu Zahlen und Kunden reduziert werden. Zu verstehen, was EntscheidungsträgerInnen und Forschende sagen, wurde zum Privileg und ESU möchte dieses Privileg fallen sehen. KeinE spezifischen EntscheidungsträgerInnen können hierfür verantwortlich gemacht werden. ESU fördert einen wachsamem und kritischen Umgang mit der Sprache, durch welche Bildung beschrieben wird.

Ökonomisierung und Internationalisierung

ESU betont, dass die Ökonomisierung der Hochschulbildung nicht Resultat der Internationalisierung ist. Leider kann die politische Tendenz der Perzeption der Regulierung durch den Markt als universelles Instrument, um die Triade von Innovation, wirtschaftlichem Fortschritt und Konkurrenzfähigkeit zu erreichen, in einigen Prozessen der Internationalisierung reflektieren und resultieren.

ESU befürwortet die internationale Zusammenarbeit in der Hochschulbildung, aber unterstreicht, dass eine verständliche, transparente und inklusive Debatte betreffend der zugrundeliegenden Prinzipien der Internationalisierung der Bildung mit allen Stakeholdern auf institutioneller, nationaler und regionaler Ebene vonnöten ist. ESU unterstreicht, dass Internationalisierung und Ökonomisierung unterschiedliche Prozesse sind und anerkennt die Wichtigkeit von offenen Diskussionen basierend auf Respekt für die gesellschaftlichen Interessen, weltweite Solidarität, Menschenrechte und Anti-Diskriminierung.

Wertediskussion

Gegenwärtige Trends verlangen eine offene Diskussion über die Zukunft der Hochschulbildung, welche auf einer fundierten Diskussion über die Werte und Prioritäten in der Gesellschaft, in der wir leben, basieren soll. Entscheidungen, welche aufgrund subjektiver Interpretationen von Forschung gemacht werden und nur kurzzeitigen Zielen dienen, gefährden die Zukunft unserer Gesellschaft und Hochschulbildung.

Die kritische Reflektion von lokaler, nationaler und regionaler Policy und die Privatisierung von öffentlichen Gütern sind die Vorbedingungen für eine umfassende öffentliche Debatte zur

Internationalisierung und ihren Konsequenzen für die Ökonomisierung der Hochschulbildung. Die Verantwortung für die Ökonomisierung der Bildung liegt nicht nur auf internationalem oder regionalem, sondern auch auf nationalem und lokalem Niveau.

3. Die Verwaltung von Hochschulen

Hintergrund

ESU geht davon aus, dass die Verwaltung von heutigen Hochschulen die Mission und die Werte reflektieren soll, welche Hochschulen als ganze haben sollten. Entsprechend sollen Modelle der Verwaltung, welche der Umsetzung von inklusiven Hochschulen sowie der Unterstützung des öffentlichen Gutes widersprechen, abgelehnt werden.

Hochschulen sind nicht mehr, wie sie einmal waren, noch ist die Rückkehr zum vorherigen Stadium möglich. Die Expansion der Hochschulbildung und der verstärkte Fokus auf und Forderungen an die Forschung in einer fortschreitend hochtechnisierten und kosmopolitischen Gesellschaft verlangt ein Überdenken, wie Hochschulen geführt werden. Als Bildung ein Privileg einer kleinen Elite und Forschung vor allem eine interne Diskussion zwischen einer kleinen Anzahl Forschender war, wurde dies von den Governance Strukturen natürlich reflektiert. Die Vertreter des alten, konservativen Governance-Modells betonen häufig, dass die Akademia im alten Modell über mehr Autonomie verfügte, verpassen es aber, zu erkennen, dass das Modell fast keinen Platz für studentische Partizipation liess und von grosser Homogenität war. In den letzten Jahren wurde verstärkt das New Public Management Modell implementiert. Die VertreterInnen dieses Modells unterstreichen die Wichtigkeit der Effizienz und des Return on Investment. Des Weiteren sprechen sie von grosser institutioneller Autonomie, wobei seltsamerweise die Wichtigkeit von externen Stakeholdern genau so wie das Konzept von „Fitness for Purpose“ erhalten wird. Verständlicherweise ist die Hochschullandschaft zwischen den beiden Extremen zerrissen. ESU lehnt beide extremen Positionen ab, und möchte betonen, dass beide Herangehensweisen stark den für uns selbsterklärenden Sinn von Hochschulbildung unterminieren.

Konservative Herangehensweise

Die akademisch-konservative Herangehensweise ist weitgehend überholt, da sich die Rolle der Hochschulen geändert hat. Das alte Modell der Selbstverwaltung funktionierte, als Hochschulbildung für eine kleine Elite reserviert war und Forschung weitgehend eine Angelegenheit zwischen einigen wenigen, leitenden Professoren war. Dagegen ist dieses Modell nicht darauf ausgelegt, die neue Rolle von Hochschulen und die Tatsachen von Bildung als Recht für alle und Forschung als öffentliches Interesse auszufüllen.

New Public Management

Im Falle des New Public Management besteht das Problem darin, dass es Hochschulen wie Unternehmen behandelt, welche sie nicht sind und nicht werden sollen. Bildung und Forschung sind nicht einfach Mittel für Wirtschaftswachstum. Die Wichtigkeit von Bildung für demokratische, soziale und persönliche Entwicklung wird durch zu starken Fokus auf messbaren wirtschaftlichen Output vernachlässigt. Während ESU fürchtet, das NPM den Hochschulen ihren Kern und ihre Seele raubt, welche auf freier Entwicklung und Wissensaneignung für alle fussen sollte, ist ESU auch überzeugt, dass NPM längerfristig der wirtschaftlichen Entwicklung nicht förderlich ist.

Moderne Kollegialität

ESU schlägt ein alternatives Modell vor. Die Grundlage dieses Modells ist die Weiterentwicklung der alten Idee der Kollegialität gemäss den Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts. Akademische Kollegialität im 21. Jahrhundert setzt voraus, dass Studierende und Lehrende gemeinsam einen

gemeinsamen Zweck verfolgen und gleichberechtigt in der Governance von Hochschulen mitwirken sollten. Die Grundprinzipien der modernen Kollegialität können als Partnerschaft beschrieben werden, aufgebaut auf einem gemeinsamen Verständnis zwischen den Teilnehmenden von der geteilten Verantwortung.

Moderne Kollegialität verlangt, dass gewählte Studierende wohlvorbereitete, aktive Mitwirkende in der Verwaltung sind und dass sie einen Dialog mit den restlichen Studierenden über die Studierendenschaften halten. Damit können gewählte Studierendenvertreter_innen ihren Informationsfluss zum Wohl der Institution nutzen. Ähnlich sollen auch gewählte akademische Mitarbeitende einen Dialog mit ihrer Basis unterhalten, wichtige Informationen weiterleiten und konstruktiv mit anderen Gewählten zusammenarbeiten – seien dies Studierende oder akademische Mitarbeitende. Alle Gremien, welche Entscheidungen betreffend der Positionsfassung und der Allokation von Mitteln für Bildung und Forschung treffen, sollen in ihrer Komposition kollegial sein. Dies betrifft auch sämtliche informelle Entscheidungsgremien. Es ist zentral, dass Studierende von keinem Level der Entscheidungsfindung ausgeschlossen sind.

RepräsentantInnen von Externen

ESU ist nicht dagegen, dass Externe Interesse in Hochschulen als solche zeigen und erkennt die Vorteile der Partizipation von Hochschulexternen in Gremien oder als Berater, welche ihr Wissen zur Verfügung stellen. Dennoch sollte ihre Inklusion in die Institution niemals zu ihrer Mehrheit oder ihrem Veto-Recht im Entscheidungsprozess führen. Die Zusammenarbeit muss gemäss den Bedingungen, welche von der Hochschule gestellt werden, verlaufen und Hochschulen dürfen die externen Repräsentant_innen selbst auswählen. Des Weiteren ist ESU nicht grundsätzlich gegen Drittmittel, aber betont, dass es eine Angelegenheit der Regierungen ist, ein ausreichendes Niveau öffentlicher Mittel zur Verfügung zu stellen um die kollegial verwalteten Hochschulen davor zu bewahren, in Abhängigkeit von Drittmitteln zu geraten.

Führung und Intersektionalität

ESU ruft die Hochschulen dazu auf, in ihrer Verwaltung Verantwortung für die mangelnde Gleichstellung an ihren Institutionen zu übernehmen. Keines der existierenden Modelle der Verwaltung ist adäquat, um die extremen Mängel im Bereich der Gleichstellung anzugehen, die gegenwärtig in Hochschulen existieren und laufend existierende Strukturen reproduzieren. New Public Management negiert den Sinn von Gleichstellung und Intersektionalität, sobald diese nicht einem wirtschaftlichen Ziel dienen. Andererseits unterstützen konservative Verwaltungsstrukturen die fehlende Durchmischung von Strukturen unter dem Vorwand des Leistungsprinzips. Machtstrukturen reichen weit über die auf dem Papier existenten hinaus und die Herangehensweise der modernen Kollegialität sollte diese Problematik aufgreifen. Um undemokratische Parallelstrukturen zu vermeiden, ist eine inklusive Herangehensweise in einer akademischen Umgebung vonnöten. Eine moderne, kollegiale Hochschule muss fundamental intersektional und selbstkritisch aufgebaut sein. Hochschulen sollten ihre privilegierte Position in der Gesellschaft anerkennen und aktiv für eine bessere Gesellschaft innerhalb und ausserhalb der Hochschule arbeiten.

Führung und Ausbildung

In einer modernen kollegialen Hochschule soll die Rolle von AkademikerInnen in Führungspositionen anerkannt und unterstützt werden. Die Beziehung zwischen der Hochschulleitung und dem Rest des Kollegiums muss vertrauensvoll und professionell sein. Die Hochschulleitung muss befähigt sein, strategische Prioritäten zu setzen und Konflikte im Kollegium zu schlichten. Letzteres wird dadurch erschwert, dass AkademikerInnen in Führungspositionen häufig aus dem eigenen Kollegium hinaus gewählt wurden. Deshalb würden wir die Entwicklung eines teilweise separaten Karriereweg für ProfessorInnen in

Hochschulverwaltung und -leitung unterstützen. Dies soll nicht zur Exklusion von AkademikerInnen aus Forschung und Lehre führen, sondern zu massgeschneiderten Unterstützungsmechanismen für jene Teile des Kollegiums, welche sich auf Hochschulverwaltung und -leitung spezialisieren. Die Übernahme solcher Positionen soll niemals als hinderlich für eine akademische Karriere betrachtet werden. Dadurch können sich die an Führungspositionen interessierten auf ihre diesbezügliche Weiterentwicklung fokussieren und die notwendige Unterstützung erhalten. Ein offener Bewerbungsprozess für akademische Führungspositionen soll ermöglicht werden, wobei jedeR mit notwendigen Qualifikationen in den relevanten Fächern eine faire Chance bei der Bewerbung haben soll – auch wenn sie gegenwärtig nicht an der betreffenden Institution arbeiten.

4. Finanzierung von Hochschulbildung

Hintergrund

Hochschulbildung spielt eine zentrale Rolle in der Gesellschaft; die Qualität, Zugänglichkeit, Inklusivität und Form von Hochschulbildung ist stark von ihrer Finanzierung abhängig. Gesellschaften entwickeln sich zur zunehmenden Wichtigkeit von Wissen, welches ebenfalls als Motor für Weiterentwicklung dienen soll. Deshalb haben Hochschulen eine zentrale Rolle in der Entwicklung und Verbreitung von Wissen. Hochschulbildung kann und darf niemals einzig als Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden. Hochschulbildung hat weitere Ziele und Konsequenzen, unter anderem jene der Basis zur Förderung von Toleranz, Demokratie, kritischem Denken und persönlicher Entwicklung. Diese Ziele müssen einbezogen werden, wenn Gelder für Hochschulbildung zugewiesen werden. Deshalb sollten Mittel für die Hochschulbildung nicht nur als Ausgabe, sondern als Bereitstellung eines öffentlichen Gutes und einer öffentlichen Verantwortung gesehen werden

Obwohl Finanzierungssysteme in Europa sehr divers sind, haben sie dennoch einige gemeinsame Charakteristiken, welche sie deutlich von anderen Systemen auf der Welt unterscheiden. Die europäische Herangehensweise ist charakterisiert durch ihre Behandlung von Hochschulbildung als einer der fundamentalen öffentlichen Verantwortungsbereiche. Dieses Positionspapier bezieht sich auf die Finanzierung von Hochschulbildung, basierend auf zwei Faktoren: Die Finanzierung von Forschung und Lehre durch Hochschulen, als auch die Finanzierung von Studierenden. Keiner der beiden Aspekte soll vernachlässigt werden, um eine qualitativ hochstehende, zugängliche Hochschullandschaft zu schaffen.

Die Finanzierungslücke

In den letzten Jahrzehnten ist die Studierendenzahl signifikant angestiegen, während die Höhe der öffentlichen Finanzierung gleich blieb. Tatsächlich sank die öffentliche Finanzierung in den vergangenen Jahren in fast allen europäischen Ländern, wodurch eine Finanzierungslücke entstand. Daneben sehen wir weitere Entwicklungen, welche die Höhe der nötigen finanziellen Unterstützung dramatisch beeinflusst haben, zum Beispiel die Internationalisierung der Hochschulbildung und Forschung, der Ruf nach Qualität und neuen Lehrmethoden, die verstärkten und unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen in der Hochschulbildung sowie die Diversifizierung von Orten, an denen Wissen generiert, verbreitet und transferiert wird. Diese Entwicklungen zu ignorieren, kann langfristig enorme negative Effekte haben. Deshalb müssen Regierungen die Hochschulbildung priorisieren und die öffentlichen Investitionen verstärken um zugängliche und qualitativ hochstehende Hochschulen zu sichern.

Die Finanzierung von Forschung und Lehre durch Hochschulen

Es ist von grosser Wichtigkeit, dass öffentliche Finanzierung Stabilität und Nachhaltigkeit in der Entwicklung von Hochschulbildung gewährleistet. ESU unterstreicht die Wichtigkeit dessen, dass

Regierungen sicherstellen, dass Hochschulen ausreichend und nachhaltig mit Ressourcen zur Bereitstellung von qualitativ hochstehender Lehre und Forschung sowie zur Erreichung breiterer sozialer, kultureller, sowie wirtschaftlicher Ziele ausgestattet sind. Alle Studienrichtungen sollen adäquate Ressourcen zur Weiterentwicklung erhalten, unabhängig von ihrer momentanen wirtschaftlichen Attraktivität.

Ressourcen zur Unterstützung von Reformen, welche Institutionen zum Empfang von mobilen Studierenden öffnen, müssen bereitgestellt werden. Dies beinhaltet auch Dienstleistungen und Räumlichkeiten zur Befähigung von mobilen Studierenden zum erfolgreichen Studium. Diese Ressourcen sollen bereitgestellt werden, um abzusichern, dass jedeR Studierende die Chance hat, mobil zu sein.

Notwendige finanzielle und legislative Mittel, um die Kooperation zwischen Hochschulen zu unterstützen, müssen bereitgestellt werden. Dies soll im Speziellen mit dem Schwerpunkt auf Zugänglichkeit der Vorteile, welche aus internationaler Kooperation hervor gehen (z.B. Joint Degrees, bezahlbare interne und internationale Mobilität, etc.), geschehen. Ausreichende Finanzierung soll ebenfalls für lebenslanges Lernen und die daraus folgenden Ergebnisse gesichert werden. Regierungen sollen Gesetze zum Verbot von Studiengebühren bei gleichzeitiger Garantie zu freiem Zugang zur Hochschulbildung gewähren.

Optimierung der Finanzierung von Hochschulen

Es ist eine öffentliche Verantwortung, die Finanzierung von Hochschulen und Forschung zu garantieren. Tatsächliche akademische Freiheit sowie qualitativ hochstehende Hochschulbildung können nicht existieren, ohne dass ausreichende öffentliche Mittel bereitgestellt werden, um unabhängige, freie und autonome Funktion zu gewährleisten.

Drittmittel bergen stets die Gefahr, dass öffentliche Mittel verringert werden und dadurch die vorhandene Finanzierung für Lehre und Unterstützung von Studierenden reduziert wird und in der Folge die Abhängigkeit von Drittmitteln steigt. Deswegen sollen Drittmittel einzig unter der Bedingung, dass sie einzig und allein zusätzliche Mittel zu öffentlichen Geldern sind, akzeptiert werden.

Staaten brauchen passende gesetzliche Rahmenbedingungen, um den Zufluss von Drittmitteln zu regulieren. Wirtschaftliche Interessen dürfen für Drittmittel in der Hochschulbildung keine Rolle spielen.

ESU unterstreicht die Wichtigkeit der folgenden Prinzipien für die Finanzierung durch Drittmittel:

- Grundlagenforschung und Forschung zur Wissensakquisition sind ein öffentliches Interesse und dürfen nicht gefährdet werden.
- Die Ziele und Aufgaben von Hochschulen sollen nicht von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen beeinflusst werden.
- Die Entwicklung aller Studienfächer muss gesichert werden. Insbesondere soll die Aufmerksamkeit auf weniger kommerziell nutzbare und finanziell aufwändige Fächer gelegt werden.
- Die Verteilung von Drittmitteln soll transparent durch demokratische Gremien auf institutionellem oder nationalem Niveau entschieden werden oder durch ein öffentlich mandatiertes Gremium, dessen Mitgliedschaft die wichtigsten Stakeholder in der Hochschulbildung umfasst, ohne einen Einzelnen überwiegen zu lassen.
- Finanzierungsmaßnahmen sollen Hochschulen nicht dazu motivieren, Studierende ihren Studienweg und -abschluss nicht frei wählen zu lassen.
- Lehre und Forschung gehören zusammen und sollen dementsprechend von gleicher Wichtigkeit sein und einander ergänzen. Ein adäquater Betrag soll für die Verbesserung der Qualität von Studienprogrammen sowie für die Entwicklung neuer Zugänge zur Lehre bereitgestellt werden.

- Die Nutzung von Drittmitteln verlangt grössere Transparenz betreffend des Budgets und der Entscheidungsfindung an Hochschulen.
- Drittmittel dürfen nicht als Vorwand zur Kürzung öffentlicher Gelder genutzt werden.
- Studiengebühren und Darlehen sollen nicht als Optionen zur Hochschulfinanzierung genutzt werden, weder als Alternativen noch anderweitig.

Inputfaktoren

Traditionell wurde Hochschulbildung gemäss von Inputfaktoren wie Studierenden-, Angestellten- und Departementszahlen mit detaillierten Jahresbudgets finanziert. Nun werden verschiedene Reformmodelle für die Allokation von Mitteln getestet, um öffentliche Gelder besser zu verteilen. Diese Modelle, zum Beispiel Finanzierung auf Output-Basis oder angebotsabhängige Finanzierung verlangen eine gründliche Überprüfung. Der Übergang zu neuen Modellen soll nur vorgenommen werden, falls sie nicht die Qualität der Bildung gefährden oder den Zugang zum und Verbleib im Bildungssystem durch Studierende unter Beachtung unterschiedlicher sozioökonomischer Hintergründe einschränken. Neue Finanzierungssysteme sollen die Verbreitung des lebenslangen Lernens vorantreiben und die Anzahl von non-traditionellen Studierenden erhöhen. In beiden Fällen muss der Zugang zur Hochschulbildung und die erfolgreiche Vollendung ebendieser garantiert werden.

Outputfaktoren

Die Mittelallokation gemäss von Outputfaktoren (wie die Zahl der AbsolventInnen oder der vergebenen ECTS-Punkte) wird als Steuerungsmechanismus für gesteigerte Effizienz und Effektivität genutzt. Dies kann dazu führen, dass Hochschulen versuchen, ihre Studierenden schnellstmöglich unter Gefährdung qualitativer Faktoren zum Abschluss zu führen, um die passende Mittelzuweisung zu garantieren. Deswegen betont ESU, dass Outputfaktoren nicht nur auf quantitativen Grundlagen beruhen sollen, sondern auch andere integrale Aspekte akademischen und studentischen Lebens sowie Regionale Unterschiede in Betracht ziehen müssen. Dadurch können Qualitätskriterien teilweise berücksichtigt werden und die Qualität von Studiengängen wird gefördert. Der erste Schritt im Versuch, Finanzierungslücken zu schliessen ist die Durchführung einer Analyse von gegenwärtigen Ausgaben, gefolgt von einer Ausgabenoptimierung, um die existierenden Mittel besser nutzen zu können. Die Mechanismen der internen Allokation von Ressourcen müssen regelmässig überprüft und gegebenenfalls geändert werden. Falls outputbasierte Kriterien genutzt werden, muss die finanzielle Stabilität von Hochschulen ungefährdet sein. Des Weiteren muss die Grundfinanzierung verschiedener Disziplinen gesichert werden.

Eigentum

Wie bereits erwähnt müssen die demokratisch gewählten Mitglieder der Leitungsgremien an Hochschulen für ihre Funktionen in Verwaltungsaufgaben wie Budgetanalyse ausgebildet werden. Dadurch sollen Lehrpersonal, Studierende und andere an der Hochschule Beschäftigte intensiver in die strategische Planung eingebunden werden. Die Nutzung des Eigentums von Hochschulen soll für Studierende und andere interne Gruppierungen kostenfrei erfolgen. Demgegenüber ist die bessere Nutzung von Hochschuleigentum als zusätzliche Einkommensquelle durch Vermietung an Aussenstehende begrüssenswert.

Bildung ohne Studiengebühren

Um die Finanzierungslücke zu schliessen, neigen Regierungen dazu, Studierende zur schnellen Erhöhung der finanziellen Mittel in der Hochschullandschaft auszunutzen. Dadurch werden Studiengebühren als vermeintlich einfache Lösung für ein komplexes Problem benutzt, wobei die

Mittel innerhalb des Hochschulsektors weiterhin nicht ausreichen, um ein angemessenes Qualitätsniveau zu erreichen.

Studierende zur Kasse zu bitten, um nationale Finanzierungslücken zu schliessen ist nicht akzeptabel und unterminiert das Recht auf Bildung für alle. Darüber hinaus ist die Einführung von hohen Gebühren für internationale Studierende (oder Studierende aus nicht-EU/EEA-Staaten) unethisch, diskriminierend, unakzeptabel und kurzsichtig. Gebühren für internationale Studierende sind ein Hindernis für Internationalisierung und bewirken insbesondere Barrieren für die Personenfreizügigkeit. ESU ist überzeugt dass solche Massnahmen dem Ideal von Mobilität und dem Bologna-Prozess widersprechen.

Nutzen von Bildung

ESU ist überzeugt, dass Studiengebühren ein Hindernis für den fairen Zugang zur Hochschulbildung und deren erfolgreichen Abschluss darstellen. Die Idee, Studiengebühren zu erheben basiert auf dem wirtschaftlich-ideologischen Glauben, den Nutzen von Bildung in öffentliche und private Vorteile aufzuteilen. Einige ökonomische Theorien bekräftigen eine solche Aufteilung, doch widerspricht diese direkt den gesellschaftlichen Normen und Werten von Hochschulbildung als zentrale zivilisatorische Institution und als Menschenrecht. Einen Nutzen oder Output von Hochschulbildung abzuwägen und zu messen reduziert Hochschulbildung zu einer ökonomischen Funktion mit dem Resultat, dass Bildung zum handelbaren Gut verkommt, was einen gefährlichen und tödlichen Prozess für das Wohlergehen einer Gesellschaft gleichkommt. Das Prinzip der studiengebührenfreien Bildung soll für alle drei Zyklen der Hochschulbildung gelten, ebenso für Teilzeitstudien und Hochschulkurse im Rahmen des lebenslangen Lernens.

Vorschläge, welche verschiedene Formen von „studierendenfreundlichen“ Studiengebühren anpreisen, werden immer zahlreicher. Diesbezüglich sind Rückzahlungsmodelle nach Studienabschluss der populärste Vorschlag. Es gibt keine sogenannten „studierendenfreundlichen“ Studiengebühren. Für ESU sind solche Systeme nicht akzeptabel, täuschen über Tatsachen hinweg und gefährden breiteren Zugang und erfolgreichen Abschluss von Hochschulbildung.

Der Eintritt in den Arbeitsmarkt ist eine der schwierigsten und unsichersten Perioden im Leben einer Person. Selbst in Fällen, in denen die Rückzahlungsprozedere erst ausgelöst werden, wenn die Entlohnung über ein bestimmtes Niveau steigt, ist die Gefahr von sich akkumulierenden Schulden ein entscheidender Faktor für viele potentielle Studierende, ob sie sich an einer Hochschule einschreiben oder nicht. Dies wurde ebenfalls offensichtlich in Systemen, in denen Darlehen als begleitende Massnahmen zu Studiengebühren eingeführt wurden. ESU bekräftigt seine Opposition gegenüber Studiengebühren, indifferent in welcher Form sie erhoben werden. Studierende dazu zu zwingen, für ihre Bildung zu bezahlen, um die Finanzierungslücke zu schliessen, ist nicht akzeptabel und unterminiert das Recht auf Bildung für alle.

Die Finanzierung von Studierenden

Finanzielle Unterstützung und Zugang zu Bildung

ESU unterstreicht, dass eine grosse Zahl von Personen durch fehlende passende finanzielle Unterstützung aus wirtschaftlichen Gründen von Hochschulbildung ausgeschlossen wird. Finanzielle Unterstützung soll nicht nur die Kosten für Studiengebühren decken, sondern auch die Studiums- und Lebenskosten wie Wohngeld, Lebensmittelkosten, Kosten für Transport und Lehrmaterialien. Öffentlich finanzierte Unterstützung soll mindestens jene Kosten decken, welche aufgrund des Studiums anfallen. Alle Studierenden sollen gerechten und universellen Zugang zu öffentlich finanzierten Stipendien haben. Falls eine Wahl getroffen werden muss, soll die finanzielle Unterstützung auf Studierende mit niedrigerem sozio-ökonomischen Hintergrund

fokussiert werden, und nicht von Leistungen abhängig sein. Dies unterstützt die Partizipation in Hochschulbildung und ermöglicht es Studierenden, ihre Studien im zeitlichen Rahmen abzuschliessen, da sie sich auf ihr Studium konzentrieren können.

Information, andere Verpflichtungen und Schulden

ESU ist überzeugt, dass Institutionen und Regierungsbehörden Information und Beratung bezüglich aller existierenden Arten finanzieller Unterstützung für Studierende zur Verfügung stellen sollten. Diese Information soll auch Beratung und Hilfe bei der Antragsstellung und der Abklärung der Förderfähigkeit beinhalten. Um die Qualität des Lernens und der Bildung abzusichern, müssen sich Studierende auf ihr Studium konzentrieren können. Finanzielle Unterstützung soll auch einen stabilen, kontinuierlichen Lernprozess ermöglichen und Ablenkung durch den Zwang, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, minimieren.

Finanzielle Unterstützung soll in Form von Stipendien (nicht-rückzahlbaren monatlichen Unterstützungsbeiträgen) und kostenlosen oder vergünstigten Dienstleistungen erbracht werden. Für Studierende ist der Unterschied, ob finanzielle Unterstützung als nicht-rückzahlbares Stipendium oder rückzahlbares Darlehen erfolgt, enorm. Dieser Unterschied resultiert in der Grenzlinie zwischen tatsächlicher finanzieller Unterstützung und einer Gläubiger-Schuldner Beziehung. Zweitere ist durch die Bedingung der Rückzahlung nur eine künstliche Unterstützungsmassnahme. ESU ist gegen jegliche Methoden der finanziellen Unterstützung von Studierenden, welche zu der Anhäufung von Schulden nach dem Studienabschluss führt.